Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 16 (1926)

Heft: 5

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und seiner gewissenhaften Methode nur unsere Sympathie entgegenbringen. Der Skeptizismus, der angesichts des heute schon vorliegenden Tatsachenmaterials (Professor Schwenck-Notzing hat in seinem Werke das ganze okkulte Stoffgebiet behandelt), sich als desinteressiert erklärt, scheint uns unfruchtbar und für die wissenschaftliche Erkenntnis schädlich zu sein. Das materialistische Weltgebäude kracht bereits in allen Fugen; ein spiritualistisches ist im Bau begriffen. Wohin deuten die okkulten Erscheinungen? Sind sie aus geistigen oder materiellen Grundstoffen aufgebaut? Das eben ist die große Frage. Ihre Lösung könnte zugleich die Lösung der Weltanschauungsfrage sein.

Die Berner Freistudentenschaft hat sich durch ihren kühnen Sprung auf dieses heißumstrittene Grenzgebiet der Wissenschaft ein großes Verdienst um das bernische Geistesleben erworben. Es sei ihr für diesen Vortrag warm gedankt. H. B.

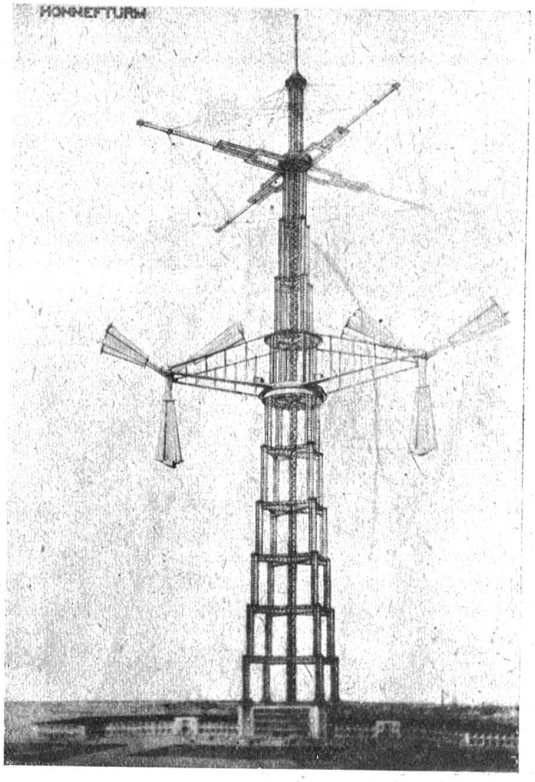
Aus der politischen Woche.

Die französische Finanzkrise ist immer noch nicht gelöst. Gegenwärtig hat die Kammer das Wort. Ueber zwei Dutzend Redner haben sich eingeschrieben, ungerechnet die Verfechter der Projekte, die sich gegenüber stehen. Das verspricht eine lange Wortschlacht. Briand bemüht sich mit seiner Ueberredungskunst um eine Einigung zwischen den beiden Parteien. Er erklärt, aus der Finanzfrage keine Prestigefrage machen zu wollen; ob jetzt die Auffassung seines Finanzministers Doumer oder die des Kartells obsiege, ob die Kasse durch Umsatzsteuern oder durch schärferes Eintreiben der bestehenden Steuern und eine neue Erbschaftssteuer gefüllt werde, das sei ihm gleichgültig; aber daß man ihm Geld verschaffe und zwar recht bald, das sei ihm wichtig; denn sonst sei Frankreich einer neuen Inflation und damit dem Verderben ausgeliefert. Briand weiß, daß ihm darin die Mehrheit der Kammer zustimmt, und daß sie nicht um Theorien wegen eine Regierungskrise herbeiführen will.

Denn das heutige Frankreich verträgt kein neues politisches Experiment. Die Stimmung im Volke ist gereizt. Die Beamten nagen am Hungertuch. Ihre Löhne sind nicht entfernt in dem Maße gestiegen, wie der Franken gerutscht ist; sie sind überhaupt seit Jahren nicht mehr gestiegen, und die Teuerungszulagen sind so kärglich bemessen, daß sie den hohen Preisen in keiner Weise gerecht werden. Die Staatsbeamten versammeln sich zu Tausenden auf dem Place de la Concorde, durchbrechen den Polizeikordon und rufen vor dem Finanzministerium nach der „gleitenden Lohnskala". Als ob man nicht wüßte, daß dies die Lawine in den Abgrund ist. Frankreich scheint erbarmungslos den Weg gehen zu müssen, den Deutschland gegangen ist. Auf der extremen Rechten bereitet man sich auf die Wiederkehr Poincarés vor. Dieser ist in letzter Zeit auffällig tätig, schreibt Artikel und hält Fahneneinweihungsreden, in denen er seine Ruhrpolitik verteidigt.

Daß der Poincaréismus selbst im heutigen Regime noch nicht ganz verschwunden ist, zeigt die Haltung Briands in der Frage der Rheinlandbesetzung. Die Deutschen beklagen sich darüber, daß der Rückzug der Besetzungstruppen aus dem besetzten Gebiet sich nicht in dem Rahmen vollziehe, wie es nach den vereinbarten Rückwirkungen geschehen sollte. Sie verlangen eine Besetzungsverminderung von mindestens 20,000 Mann gegenüber dem heutigen Truppenbestand von 75,000 Mann, der verabredetermaßen nur 40,000 betragen sollte. Die Militärkommission entschied aber abschlägig, mit der Begründung, daß die Sicherheit Frankreichs diese Truppenzahl verlange. Man erkennt daraus, daß das alte Mißtrauen gegen Deutschland in Frankreich noch nicht geschwunden ist.

Es fehlt nicht an Kräften, die diesem Mißtrauen entgegenarbeiten. Eben ist in Paris das Internationale Institut für geistige Zusammenarbeit, eine von einem Franzosen geleitete Einrichtung, die der Versöhnung der Völker dienen und nach Painlevés Ausdruck das „Gelände des Weltfriedens" errichten helfen will.



Ein Windkraft-Turm von 600 m Höhe, wie ihn Deutschland erhalten soll.

In der gleichen Richtung gehen die Bestrebungen der Männer, die zur Abrüstungskonferenz eingeladen haben. An ihrer Spitze steht Paul-Boncour, der Leiter der französischen Delegation in Genf. Der Zeitpunkt der Konferenz ist neuerdings umstritten. Doch scheint die Vorkonferenz in Genf gesichert, indem auch Rußland die Beschickung grundsätzlich zugesichert hat. Die Soviet-Regierung hat anscheinend den Anlaß der Vorkonferenz dazu benützt, den ihr unbequem gewordene Zwist mit der schweizerischen Regierung aus der Welt zu schaffen. Man erinnert sich, daß der Bundesrat seinerzeit sich weigerte, in den Prozeß gegen die Mörder des russischen Volkskommissärs Worowsky einzugreifen und der Witwe und der Tochter des Ermordeten die gefordete Entschädigung zuzusprechen, da in diesem Kriminalfalle die waadtländischen Gerichte zuständig waren, denn Worowsky war nicht als offizieller Vertreter Rußlands in der Schweiz, und diese war als Staat für das Geschehnis nicht haftbar. Die Sowietregierung wollte diese Auffassung nicht anerkennen und verhängte den Boykott über die Schweiz, der den schweizerischen Handel empfindlich traf. Trotzdem blieb der Bundesrat bei seiner abwartenden Haltung. Heute wird die Angelegenheit von der Sowietregierung wieder aufgegriffen und gedroht, Rußland werde sich nur dann an die Konferenz begeben, wenn sie außerhalb der Schweiz stattfinde. Man weiß in Moskau, daß Rußlands Teilnahme an der Abrüstungskonferenz von allen Seiten gewünscht wird, weil sie zum Erfolg der Veranstaltung nötig ist, und darum benutzte man die Konferenz als Druckmittel gegen die Schweiz. Wie verlautet, ist die Angelegenheit durch französische Vermittlung soweit geklärt, daß sie Rußland nicht mehr als Vorwand zur Ablehnung der Konferenz dienen kann. Die Forderung Moskaus als Entschädigung für die Tochter Worowskys soll mit den schweizerischen Entschädi-

gungsansprüchen für die Plünderung der schweizerischen Gesandtschaft in Petersburg und für die vielen sequestrierten Vermögen von Schweizern in Rußland verrechnet werden;

Prinzessin Helene von Griechenland mit ihrem Gemahl, Ex-Kronprinz Karol von Rumänien, von dem sie sich scheiden lassen will.

auch wird der Bundesrat sein Bedauern über die Tat Conradis offiziell ausdrücken, um dieser Forderung Rußlands gerecht zu werden; er wird damit nur wiederholen, was er schon der Witwe des Ermordeten gegenüber aus Ueberzeugung getan hat. Wahrscheinlich werden beide Parteien den Anlaß benutzen, um die beidseitigen Beziehungen der Länder zu regeln. Das wird kaum ohne langwierige Verhandlungen mit dem obligaten Markten um Geldwerte abgehen. Die russisch-schweizerische Verständigung wäre ein Glied mehr in der Kette der Friedensschlüsse, die zuletzt die Länder Europas verbinden soll zur gemeinsamen Arbeit an einer neuen bessern Zukunft.

Auch die Idee einer internationalen Wirtschaftskonferenz nimmt immer deutlichere Gestalt an. In Genf wurde seinerzeit eine Kommission dafür eingesetzt. „Havas" meldet unter Vorbehalt, daß Chamberlain auf seiner Rückreise nach England von der Riviera her in Paris mit Briand über diesen Gegenstand sich besprechen werde, um eine grundsätzliche Einigung in dieser Frage zwischen England und Frankreich zu erzielen. Je mehr die Staatslenker ihre Länder in wirtschaftliche Schwierigkeiten versinken sehen, um so eher sind sie für eine gemeinsame Lösung zu haben. Der englische Volkswirtschafter Keynes hat den französischen Finanzreformen ein schweres Fiasko prophezeit; er rät die Deflation und Krise als einzig gangbarer Weg zur Gesundung an, die bekannte Eisenbartkur. Wie weit Europa mit dem Preisabbau und der Rückkehr zum Goldstandart gekommen ist, sollte nun eigentlich jeder Helläugige sehen. Die Versklavung Europas an Amerika könnte nicht kompletter sein. Amerika besitzt zwei Drittel des Weltgoldbestandes. Natürlich hat es Interesse daran, daß die übrige Welt ihm sein Gold abkauft, da ihm dieses sonst nur als unnützer Ballast die Wirtschaft beschwert. Mit der Rückkehr zum Goldmaßstab für die Geldwerte in aller Welt, erhält Amerika die Kontrolle über die Weltwirtschaft in seine Hand. So wird es ihm ein Leichtes sein, zuletzt alle lebenswichtigen Rohstoffmonopole an sich zu reißen. Das Petroleum-Monopol besitzt es schon; das Gummi-Monopol ist noch im Besitz der Engländer, aber eben ist zwischen den Vereinigten Staaten und England um dieses Monopol der Kampf entbrannt. Da England mit seinen 140,000 Gummiplantagen auf Malakka und seiner niederländisch-indischen Ernte den Weltpreismarkt beherrscht, droht der amerikanische Staatssekretär Hoover mit Repressalien in Form von Preiserhöhungen auf dem Petroleummarkt. Und wieder plant die Union eine Konkurrenzunternehmung in Gummi auf den Philippinen, und ein Verband von 102 Automobilgesellschaften hat zur Förderung der Kautschukproduktion bereits einen Fonds von zehn Millionen Dollars gestiftet. Rechnet man dazu noch die neuesten amerikanischen Abkommen mit der deutschen Stahlindustrie, so hat man das wirtschaftliche Zukunftsbild in flüchtiger Skizze vor sich: Europas Wirtschaft ein Annex des amerikanischen Weltexploitationsorganismus, diesem untertan wie eine Filiale dem Mutterbetrieb. Und dies kraft des Goldwahnes, an dem die Welt krankt!

Sowietrußland hat mit seinem Kommunismus diese ungeheuerliche Machtentwicklung des Kapitalismus nicht hintanzuhalten vermocht. Im Gegenteil. Die offenbare Weltuntauglichkeit der Marxistischen Ideologie hat das Prestige der kapitalistischen Wirtschaftstheorie erhöht. In Rußland selbst hat sich unter Führung Stahlins eine deutliche Wendung hin zur kapitalistischen Wirtschaftsform vollzogen. Die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen werden abgebaut, die Russen beginnen in London und Paris ernsthafte Verhandlungen auf der Grundlage der Anerkennug der Vorkriegsschulden.

Deutschland hat ein neues Kabinett Dr. Luther erhalten. Dieses ist auf die Koalition der Mittelparteien gegründet und auf das Wohlwollen der Deutschnationalen rechts und der Sozialdemokraten links angewiesen. Die Demokraten haben das Innenministerium erhalten, aber es mit dem den Rechtsparteien genehmen Bürgermeister von Dresden, mit Dr. Külz, besetzen müssen.

Kronprinz Carol und Prinzessin Helena. Unsere Abbildung zeigt das rumänische Kronprinzenpaar, über das jäh wie ein Blitzstrahl die Katastrophe hereingebrochen ist, in anscheinend schönster Harmonie. Prinz Carol war in Liebesangelegenheiten kein Neuling mehr, als er die schöne Prinzessin Helena, die Tochter des griechischen Königs Konstatin und der Königin Sophie, der Schwester des Exkaisers Wilhelm, in Luzern kennen lernte. Er hatte sich früher schon das romantische Liebesabenteuer mit der Tochter des Generals Lambrino gegönnt, mit der er nach Odessa geflüchtet war, um sich dort in morganatischer Ehe mit der Geliebten zu verbinden. Diese Ehe wurde durch den Staatsanwalt gewaltsam aufgelöst. Prinz Carol unternahm hierauf eine Reise nach Japan. Zurückgekehrt heiratete er die griechische Königstochter.

Die Ehe scheint nicht sehr glücklich gewesen zu sein; die beiden Königskinder verstanden sich nicht. Wie man annahm, beherrschte die Erinnerung an Zizi — so wurde die erste Frau genannt — das Herz des Prinzen noch immer. Doch täuschte man sich darin insofern, als nicht die Lambrino, sondern eine dritte Frau, die rumänische Fürstin Lupescu, die neue Geliebte des Prinzen ist; diese Dame wohnt seit den bewegten ersten Januartagen, die die Abdankung des Kronprinzen brachten, mit ihm im gleichen Mailänder Hotel. Die Prinzessin Helena will sich von ihrem Gatten scheiden lassen. Ihr Sohn ist zum Thronnachfolger ernannt worden. So wird sie, wenn das Schicksal nicht anders beschließt, immerhin die Genugtuung erleben, ihren Sohn auf dem rumänischen Königsthron zu sehen. -ch-